

Die Stimme der Städte



Neues Politikmodell für Zeiten wirtschaftlicher Stagnation

18. Workshop zum Jahrbuch für öffentliche Finanzen in Leipzig

Kernthese: Bestehendes Politikmodell aufgrund der Wachstumsschwäche ohne Grundlage

- Kernthese:
 - Die hartnäckige Wachstumsschwäche in Deutschland ist nicht nur ein ökonomisches Problem. Sie hat gravierende Folgen für die Politikgestaltung.
 - Ein Politikmodell der ständigen Ausgabenausweitung des Staates, die aus realen Wachstumsgewinnen finanziert werden kann, stößt an seine wirtschaftlichen Grenzen.
 - Es wird sich – unabhängig von etwaigen Modifikationen der Schuldenbremse und der erfolgten Einrichtung eines Sondervermögens – für die Dauer der Wachstumsschwäche nicht aufrechterhalten lassen.
 - Ein neues Politikmodell ist notwendig.

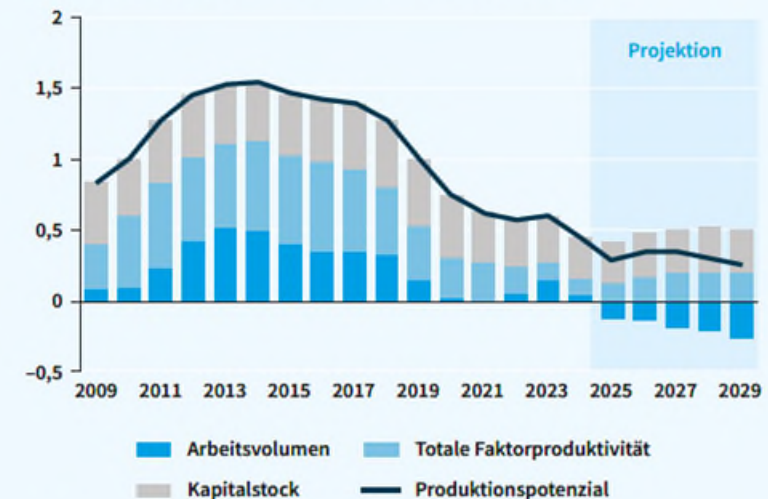
Das weitere Absinken des Potentialwachstums hat eine qualitative Dimension

- Das Absinken des realen Potentialwachstums auf Werte von unter ½ Prozentpunkt führt dazu, dass keinerlei Leistungsausweitungen des Staates oder Steuerentlastungen aus realem Wachstum heraus finanziert werden können.

Abbildung 3.2

Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode (MODEM)

Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Produktionspotenzial)
bzw. Beiträge in Prozentpunkten (Komponenten)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2025

Politikmodell der letzten 60 Jahre basierte auf der Verteilung von Wachstumsgewinnen

- Die Willensbildungsprozesse in den Parteien und zwischen den Parteien sind darauf ausgerichtet, dass Jahr für Jahr zusätzliche reale Mittel für die Politikgestaltung zur Verfügung stehen. Folgen sind:
 - keinerlei Rückführungen von Ausgaben, die die Bürgerinnen und Bürger direkt betroffen haben (diskussionswürdig, ob Ausnahme: SGB II)
 - Beibehaltung der realen Staatsausgaben und keine Leistungseinschnitte auch in Phasen einer zurückgehenden Staatsquote / Steuerentlastungen
 - Finanzierung von als notwendig angesehenen neuen Aufgaben ohne erzwungene Kürzungen an anderer Stelle

Lähmung der politischen Willensbildung als Konsequenz der Wachstumsschwäche

- Der Willensbildungsprozesse in den Parteien und zwischen den Parteien funktioniert nicht, wenn für die einzelnen Akteure keine „akzeptablen“ Ergebnisse erzielt werden können.
- Angesichts der unterstellten Erwartungshaltungen der Kernwählerschaften bzw. Delegierten ist für die einzelnen Akteure die Nicht-Einigung oder lediglich formale Einigung oftmals der tatsächlichen Einigung vorzuziehen (Analogieidee: Ökonomische Theorie des Streiks, Ashenfelter/Johnson).
- Dies führt zu Handlungsunfähigkeit. Eine Anpassung der Politik an geänderte Bedarfe und als notwendig angesehene neue Prioritäten kann nicht erfolgen.

Wege aus der Krise – was nötig wäre

- Allgemein: Anerkenntnis der verschiedenen Ebenen der Problemlage – grundsätzliche Akzeptanz für Umschichtung gewinnen
- Aber: Hindernisse für die konkrete Umsetzung (nicht ansatzweise vollzählig)
 - Unterschiedliche Organisationsfähigkeit von Interessen (Popitz d.J.)
 - Kartell der organisierten Interessen (Argumentationsfigur „Nicht gegeneinander ausspielen!“)
 - Unkenntnis über grundlegende Steuerungselemente (Ist-Zustand, Wirkungsanalyse)
 - Mangelnde Bindungswirkung politischer Zusagen

Persönliches Fazit

- Nach persönlicher Auffassung des Referenten droht aufgrund der Wachstumsschwäche eine länger währende Phase der Handlungsunfähigkeit der Politik – mit all den hieraus folgenden Risiken.
- Leichte Weg aus der Situation sind nicht erkennbar – Allgemeinplätze über Konsolidierungsnotwendigkeit, neue Prioritätensetzungen und notwendige Abwägung ersetzen keine konkreten Entscheidungen.
- Es ist unklar, wie der notwendige Diskussionsprozess zu Konsolidierungsmechanismen zielführend gestaltet werden kann.

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**



Deutscher Städtetag | www.staedtetag.de |  @staedtetag

Stefan Anton
Hauptreferent Finanzpolitik und –analyse
stefan.anton@staedtetag.de